

**Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,**

Die Einführung der Doppik hat Einiges in Bewegung gebracht:

Seit dem Jahr **2004** beschäftigt die Doppik den Stadtrat, die Verwaltung und vor allem die Kämmerei.

Daten und Zahlen müssen aufbereitet werden und mit buchhalterischen Begriffen und Definitionen in Einklang gebracht bzw. scharf abgegrenzt werden.

Haushaltspläne mit Ergebnisplan, Finanzplan, Stellenplan und Anlagen, Nachtragshaushalte, Jahresabschlüsse mit Bilanzen müssen aufgestellt werden. Eine wahre Datenflut muss gebändigt werden! Daher gilt zunächst mein ausdrücklicher Dank den fleißigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kämmerei.

Seit dem **10.12.09** wissen wir nun ziemlich genau über welches Eigenkapital Landau verfügt.

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat der Eröffnungsbilanz zugestimmt, die ein Eigenkapital von **232.412.478,33 €** ausweist.

Wir wissen nun auch, wie lange die Stadt Landau damit haushalten kann:

Nämlich ziemlich genau 10 Jahre! Dann ist das Eigenkapital verbraucht. Ein Betrieb müsste dann Konkurs anmelden.

Eine Kommune hingegen kann keinen Konkurs anmelden. Sie wird zunächst von der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion kontrolliert, wie das ja bereits mit der Stadt Landau praktiziert wird und schließlich kommissarisch verwaltet. Schöne Aussichten!

Heißt das wir können so weitermachen, wie bisher?

Haben wir überhaupt noch Gestaltungsmöglichkeiten?

Schaut man in den Haushaltsplan, so waren die Ergebnisse von 2008 noch relativ moderat.

Die geplanten Ansätze für die Haushalte 2009 und 2010 sind dagegen tief rot.

Gewiss, man sollte Ansätze nicht mit Ergebnissen vergleichen. Es drängt sich aber der Eindruck auf, dass höhere Veranschlagungen auch zu höheren Schulden führen. Deshalb sei dieser Vergleich hier ausnahmsweise erlaubt.

Zumal keine weiteren Ergebnisrechnungen im 3. Jahr der Doppik vorliegen.

Im Finanzhaushalt haben sich die geplanten Einnahmen um weitere **2,5 Mio.** Euro gegenüber dem Ergebnis von 2008 vermindert .

Alleine bei den geplanten Steuereinnahmen macht die Differenz vom Ergebnis zu 2008 **7 Mio.** Euro aus. Tendenz weiter fallend.

Besonders alarmierend wirken sich hier die Pläne der schwarz-gelben Bundesregierung aus, das Wirtschaftsbeschleunigungsgesetz auf den Weg zu bringen, welches den Kommunen weitere Einnahmeeinbußen bescheren werden.

Viele Kommunen und Landesregierungen laufen dagegen Sturm! Auch der Städtetag hat dazu eine Petition auf den Weg gebracht.

Die geplante Summe der laufenden Ausgaben aus Verwaltungstätigkeit hat sich gemessen an dem tatsächlichen Ergebnis 2008 um **15,3 Mio. Euro** erhöht .

Der größte Anteil entfällt dabei auf die Auszahlungen der sozialen Sicherung mit ca. **7 Mio. Euro** Steigerung zum Ergebnis 2008 , gefolgt von den Personalkosten mit einer Steigerung von ca. **4 Mio. Euro**, den Kosten für Sach- und Dienstleistungen mit **3 Mio. Euro** und schließlich die Kosten für sonstige laufende Auszahlungen mit einer Steigerung von ca. **0,9 Mio. Euro**.

Der Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit hat sich zum Ergebnis 2008 um ca. **4,23 Mio. Euro** auf ca. **9, 4 Mio. Euro** erhöht .

Wie sich diese Investitionen im Einzelnen auf der Aktiva-Seite der Bilanz auswirken, ist noch offen.

Auf jeden Fall führen sie zu einer Wertsteigerung der Anlage- und Vermögensgegenstände, die den erhöhten Verbindlichkeiten der Passiv-Seite gegenüber stehen und somit „Seriose Schulden“ darstellen.

Aus dieser Perspektive betrachtet, sind die veranschlagten **5,6 Mio. Euro Investitionskosten** für die Landesgartenschau 2014 aus bilanzbuchhalterischer Sicht akzeptabel.

Über den Durchführungshaushalt in Höhe von ca. **6,782 Mio. Euro** mit all seinen Risiken lässt sich allerdings trefflich streiten.

So hängt es doch von dem wirtschaftlichen Erfolg der Durchführung ab, ob und in welcher Höhe ein mögliches Defizit im Haushalt einzustellen sein wird. Am Ende sollte aber der Nutzen dieser neuen Infrastruktur für die Bürger gewürdigt werden, die davon mit Sicherheit profitieren werden.

Auch die Investitionen für den Umbau der Ostbahnstraße zum Boulevard der „Stadtumbaumaßnahme Östliche Innenstadt“ und der Umgestaltung des Hauptbahnhofvorplatzes sind unter diesem Aspekt zu betrachten.

Aber: Auch wenn jeder Investition ein Gegenwert gegenüber steht , so bedeutet es doch auch, dass Darlehen und Kredite aufgenommen werden , um eine Zwischenfinanzierung zu ermöglichen, bis ein Zuschuss vom Land eintrifft.

Und selbst dann wird die Stadt Landau einen Eigenanteil tragen müssen, der den Schuldenberg weiter erhöht.

Schon jetzt weist der Finanzplan 2010 einen Finanzfehlbetrag von ca. **28 Mio. Euro** aus! Im Verhältnis zum Ergebnis von 2008 hat dieser sich fast **verfünffacht!** Der Jahresfehlbetrag aus der Ergebnisrechnung hat sich im Verhältnis zu 2008 sogar **elffach** erhöht!

Das sollte uns zu denken geben!

Und was passiert, wenn sich die Zinsen für die Finanzmittelbeschaffung erhöhen...?

Kolleginnen und Kollegen, Herr Oberbürgermeister: Wir sitzen auf einem Pulverfass!

Nein, ein weiter so, darf es nicht mehr geben! Womit die erste Frage beantwortet wäre.

Die Sanierungsmaßnahmen an den Schulen im Rahmen des Konjunktur-Paketes II haben dagegen einen entscheidenden Vorteil:

Aufgrund der energetischen Sanierungsmaßnahmen kann davon ausgegangen werden, dass auf lange Sicht gesehen Kosten für den Wärmebedarf eingespart werden.

Sie wirken also nachhaltig.

Das ist der Schritt in die richtige Richtung! Genauso wie die Investitionen in den Nahwärmeverbund und in die Geothermie, von der wir leider nicht wissen, was noch aus ihr werden wird.

Solche Investitionen in erneuerbare Energien sind längst überfällig!

Sie müssen vorrangig und konsequent vorgenommen werden!

Selbst die ADD (Aufsichts- und Dienstleistungsbehörde) mahnt in einem Schreiben vom Oktober 2009 an, dass die Mehraufwendungen für Energieträger in Höhe von **287.000 Euro** im Wirtschaftsplan der GML „kräftig zu Buche schlagen“.

Mit dieser investierten Summe und den entsprechenden Fördermitteln hätte schon Einiges auf den Weg gebracht werden können!

Stattdessen diskutieren wir uns die Köpfe heiß, wie wir am Besten den Studenten die Zweitwohnsitzsteuer abknöpfen können. Hätten wir unsere Hausaufgaben gemacht, wäre diese Diskussion uns erspart geblieben!

Wir haben so viel Kompetenz und Innovation vor Ort und können, oder wollen die Synergien nicht nutzen:

Die mit **3500,00 €** unterfinanzierte Lokale Agenda 21, die Solar bewegten Mitglieder von Pamina-Solar e.V., der beim Bauamt beschäftigte Energieberater und natürlich den Fachbereich Umweltwissenschaften an der Landauer Universität, der mit Herrn Johannes Gaschnig das EOS-Projekt auf den Weg bringt.

Und auch bereits viele Betriebe, die sich auf die Erneuerbaren Energien eingestellt haben. Nur wir leider eben noch nicht.

Selbst in der Buchhaltung machen wir uns die Problematik der Energiekosten nicht bewusst. Im Haushaltsplan 2010 der GML werden sie im Produktkonto Bewirtschaftungskosten mit anderen Kosten zusammengefasst.

Das Gleiche gilt im Ergebnisplan und dessen Produktkonten des städtischen Haushaltes.

Sicher die Konten sind so vorgegeben.

Aber man kann sie konkretisieren und transparenter machen.

Genau diese Aufgabe verlangt die Doppik von uns Kommunalpolitikern und von der Verwaltung.

Und darum bringt die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen diesen Antrag auch heute in den Stadtrat ein:

Wir beantragen heute für die zukünftigen Ergebnishaushalte der GML für den Haushaltsplan, den Nachtragshaushalt und den Jahresabschluss die explizite Ausweisung der anfallenden Energiekosten untergliedert in Strom und Heizungsbrennstoffen.

In einem weiteren Antrag werden wir dies auch zukünftig für die Ergebnishaushalte der Stadt Landau, der Stadtholding und der EWL beantragen.

Jeder Hauseigentümer, jeder Besitzer einer Eigentumswohnung, jede Hausverwaltung prüft am Geschäftsjahresende die Ausgaben und vor allem die Energiekosten für Strom und Heizung und ergreift Maßnahmen für deren Einsparungen.

Und was tun wir?

Wir kennen die Kosten ja gar nicht mal genau!

Und dann bauen wir für **80.000,00 Euro** gasfressende Einzelöfen in die städtischen Wohnungen!

Und starten dann eine Initiative an Schulen, um Schüler als Energiedetektive daheim zu mobilisieren!

Das Geld hätte auch anders angelegt werden können:

Zum Beispiel bei einem Energieanbieter, der neben dem Gas zusätzlich ein kleines Zuhausekraftwerk anbietet, das auch Strom produziert.

Durch die Vernetzung vieler solcher Heimkraftwerke entsteht ein unsichtbares Großkraftwerk, das bei Bedarf Strom ins Netz speist.

Das gelieferte Gas hat einen Anteil von 5% Biogas.

Eine solche Installation der Anlage kostet einmalig **5000,00 Euro**.

Für jede ins Netz gespeiste Kilowattstunde Strom erhält der Kunde eine Vergütung und zusätzlich eine kleine monatliche Miete.

Ja, wir haben noch Gestaltungsmöglichkeiten!

Und zwar Gewinnbringende!

Mit einem Energiekonzept, das konsequent auf Erneuerbare Energien setzt.

Erarbeitung und schrittweise Umsetzung dieses Energiekonzeptes wird die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen ebenfalls als Antrag in den Stadtrat einbringen.

Dies ist angesichts der wirtschaftlichen Lage Landaus und dem in Kopenhagen stattfindenden Klimagipfel für uns hier und heute zwingend erforderlich.

Und was können wir sonst noch tun?

Die strukturell bedingten Aufwendungen für die Schulen, Schülerbeförderung, Schüleressen, Kindergärten und für die soziale Sicherung wird die Stadt Landau als kreisfreie Stadt wohl weiter schultern müssen.

Fast allen kreisfreien Städten in Rheinland-Pfalz geht es so.

Wie sich die Stadt Landau stellen würde, wenn sie die Kreisfreiheit aufgeben würde, hat Herr Messemer im Rahmen einer von ihm erstellten Studie untersucht.

In Bereichen der Kooperation mit dem Kreis Südliche Weinstraße fallen die Aufwendungen für erbrachte Leistungen längst nicht so negativ ins Gewicht, oder weisen unter dem Strich sogar ein Plus aus.

Darum möchte die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen einen alten, vor einigen Jahren gestellten Antrag reaktivieren, der seiner Zeit nicht auf die Tagesordnung gesetzt wurde:

Die Aufgabe des Status der Kreisfreiheit und bitten die Verwaltung alle notwendigen Vorbereitungen zu untersuchen, um den entsprechenden Antrag bei der ADD stellen zu können.

Bis dahin sollte unbedingt ein gemeinsamer Schulentwicklungsplan mit dem Kreisverband südliche Weinstraße eingerichtet und ein gemeinsamer Schulrägerausschuss initiiert werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen:

Auch wir können etwas dazu beitragen, dass die Kosten uns nicht weiter davon galoppieren.

Im Verlauf der Vorbereitung dieser Stadtratssitzung ist ein wahres Feuerwerk an Anträgen für den Haushalt 2010 auf uns niedergegangen.

Sicher, man ist den eigenen Wählern verpflichtet und es soll für sie ja auch etwas umgesetzt werden.

Und natürlich will man als Partei auch gut da stehen in der Öffentlichkeit.

Wir haben uns aber in den Haushaltsberatungen darauf geeinigt keine Anträge zu stellen, die mit weiteren Kosten verbunden sind.

Und ich möchte doch alle bitten sich an dieser Vereinbarung zu halten.

Darüberhinaus macht die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen den Vorschlag an die anderen Fraktionen, dass eine interfraktionelle Arbeitsgruppe gegründet wird, die in Zusammenarbeit mit der Verwaltung den Haushaltsplan 2010 nach weiteren Einsparpotentialen überprüft.

(Mindestens sollte aber der Rechnungsprüfungsausschuss mit dieser Aufgabe betraut werden.)

Das klassische und wesentliche Instrument der Doppik ist die Zielvereinbarung. Um dies zu ermöglichen sind genaue Produktbeschreibungen nötig.

Am Beispiel der Energiekosten haben wir schon gesehen, dass mangelnde Transparenz die Wirtschaftlichkeit eines Produktes nicht erkennbar werden lässt.

Genauso fehlen die Informationen zum Beispiel im Bereich Jugend, oder im Bereich Soziales.

Wir wissen zwar, wie viele Fälle z.B. im Produkt "Betreutes Wohnen" betreut werden.

Wir wissen auch, was uns diese Leistung kostet.

Aber wir wissen nicht mit welchen Maßnahmen gearbeitet wird und ob die Maßnahmen effektiv und wirtschaftlich sind und zu dem gewünschten Erfolg führen.

Darum wird die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen beantragen die Produktkonten, die die Bereiche Jugend und Soziales betreffen, von den verantwortlichen Mitarbeitern dahingehend zu überarbeiten, sodass die notwendigen Informationen über die angesetzten Maßnahmen, deren Effizienz, Erfolg und Wirtschaftlichkeit erkennbar werden.

In dem Haushaltsplan 2010 finden wir, wie schon skizziert viele Maßnahmen, die wir begrüßen und unterstützen! Aber gerade weil wir Grünen für Erneuerbare Energien stehen und uns nicht nur von der Geothermie in Landau abhängig machen wollen, gerade weil Erneuerbare Energien Ressourcen schonend, nachhaltig und auch gewinnbringend sind, gerade weil der Haushalt von Landau durch große Investitionen leider einseitig strapaziert wird, will die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen ein deutliches Zeichen setzen im Lichte des Kopenhagener Klimagipfels:

Wir werden dem Haushalt nicht zustimmen.

Vielen Dank!